

Leute ihr Capital von dem Augenblicke an erhalten, wo es feststeht, was sie zu bekommen haben. Ich werde den Herrn Präsidenten bitten, diesen Antrag zur Unterstützung zu bringen.

Präsident Braun: Der Abgeordnete v. Thielau wünscht, daß der Antrag der Deputation sub C. dahin modificirt werde, daß er lauten solle: „Die hohe Staatsregierung zu ersuchen: den in Folge der begründet gefundenen Anmeldung sich ergebenden nöthigen Betrag der diesfälligen Entschädigungssumme von den annoch vorhandenen Ueberschüssen der behufs der Grundsteuerfreiheitsentschädigung creirten 4 Millionen Staatsschuldencassenscheine, den anderweiten Betrag hingegen aus den Verwaltungseinnahmen der laufenden Finanzperiode zu entnehmen, oder auf sonst geeignete Art zu decken, der nächsten Ständerversammlung aber über die Höhe der erforderlichen Summe, und die Mittel zu deren definitiver Deckung, Mittheilung zu machen, und da nöthig der Entschließung derselben die Deckungsmittel zu unterstellen.“ Ich frage die Kammer: ob sie diesen Antrag unterstützt? — Wird sehr zahlreich unterstützt.

Präsident Braun: Es hat gegenwärtig der Abgeordnete Miehle das Wort.

Abg. Miehle: Ich bin der Deputation vielen Dank schuldig, daß sie auch hier einen Act der Billigkeit und Gerechtigkeit geübt hat. Es giebt arme Häusler im Gebirge, welche es bedauern mußten, daß sie nichts von den Entschädigungen erhielten, weil ihnen die Zeit nicht zu Theil geworden ist, von jenen Bestimmungen Kenntniß zu nehmen. Denn die Deputation hat sehr gut bemerkt, daß die Einführung der Landgemeindeordnung Viele abgehalten hat, sich um diese Sache genauer zu kümmern. Oeffentliche Blätter lesen die Leute nicht, und die Gerichtsdirectoren haben sie nicht genug aufmerksam gemacht. Die Kreissteuerräthe, ich habe selbst einem derartigen Termine beigewohnt, machten die Sache selbst unzugänglich und so schwierig, daß man sich veranlaßt sah, darauf zu verzichten. Was die Aufregung anlangt, da ist mir nichts bewußt, die Leute tragen es geduldig, und in Bezug auf die Zinsen, darauf wird ein Jeder gern verzichten.

Vizepräsident Eisenstuck: Ich bin in der Hauptsache mit den Ansichten der Deputation ganz einverstanden. Ich habe damals, wie das Gesetz berathen wurde, leider schon geahnt, daß nach den Erfahrungen, die ich früher gemacht habe, viele Individuen sich versäumen würden. Das geht bei uns so, sie sind nicht so pressirt mit den Anmeldungen. Ich habe damals darauf aufmerksam gemacht, Sie werden das in den Verhandlungen finden, und ich muß bekennen, daß die Staatsregierung Alles gethan hat, um diesem Ur- und Grundfehler des Volkes zu begegnen. Leider hat aber dieses Bemühen nicht den gewünschten Erfolg gehabt, es sind mir viele Fälle in Folge jener Versäumnisse vorgekommen. Der erste Grund des Versäumnisses hat darin gelegen, daß die Gemeindevorstände von den Gesetzen bloß

für sich Kunde genommen und den übrigen Gemeindegliedern keine Notiz davon gegeben haben. Es ist eine sonderbare Einrichtung auf dem Lande, es kommt da das Gesetz- und Verordnungsblatt, der Vorstand sieht es an, und dann wird es aufbewahrt, die Gemeinde erfährt nichts davon. Ein Zweites, was leider mir oft vorgekommen, ist, daß die Beamten selber die Leute abgehalten haben. Häufig war es der Fall, daß die Leute im guten Glauben zu dem Steuerbeamten hingegangen sind; der nun hat gesagt: Ihr Kinder, gebt euch die Mühe nicht, ihr habt doch nur das Laufen und Rennen, und es wird nichts ausfallen. Da haben sie ihren Büchling gemacht, sind abgezogen und haben sich versäumt. Aber noch ist ein Umstand übrig, dessen die Deputation keine Erwähnung im Berichte thut, der aber hauptsächlich auf die Versäumnisse der Anmeldungen eingewirkt hat, nämlich die Steuerofficianten haben in guter Treu und Glauben gehandelt, weil sie es selbst nicht verstanden haben. Die Hauptursache liegt in den Nahrungsquatern, kamen die Leute, so fragten die Officianten: Gebt ihr Abgaben? Ja! Diese haben nun nicht gewußt, ob die zu Nahrungsquatern Verpflichteten auch auf Entschädigung Anspruch hatten, und sie meinten, Entschädigung nicht fordern zu können, weil sie Ursprungsquatern zu entrichten hatten. Liegt es nun unter diesen Verhältnissen wohl in den Anforderungen der höchsten Billigkeit, daß man den armen Leuten, die sich versäumt haben, zu Hülfe komme, so muß ich es zweifelhaft finden, ob wahrhafte Rechtsgründe ihnen zur Seite stehen. Ich bin nicht der Ansicht der Deputation und glaube wohl, daß die Aufforderung, wie sie geschehen ist, dem, was die Stände gewünscht, entsprochen habe, ich bin der Meinung, daß jene Versäumnisse weder die Schuld der Stände, noch die der Staatsregierung sind. Aber ich sehe davon ab, ich will annehmen, daß jene Leute im Rechtswege nichts ausrichten würden. Es ist mir schon höchst traurig, wenn man eine solche Sache sollte auf den Rechtsweg weisen, wo mehrere hundert rechtliche Ausführungen erfolgen müssen. Der Staat ist es seinen Bürgern schuldig, sie vor solchen Unmassen von Processen zu bewahren. Auch ist die Sache nicht ausführbar, weil sich zeigen wird, daß der Gegenstand nicht von großem Belange ist, und die Leute leicht mehr Kosten aufzuwenden haben würden, als die Sache werth ist. Ich glaube, daß es wohlgethan und beim Volke zu verantworten sein wird, wenn die Stände sich erklären, und die Staatsregierung sich mit den Ständen dahin vereinbart, daß die nachträgliche Zulässigkeit der Anmeldung auf Grundsteuerentschädigung genehmigt werde. So ist es auch bei den Cassenbilletts gehalten worden, obwohl auch da die Präklusivfrist in allen Blättern verkündigt worden war. Ja das Verkündigen und das Befolgen der Verkündigung sind zwei Dinge. Es könnte geschehen, aber es geschieht nicht. Was aber den Antrag des Abgeordneten v. Thielau anbetrifft, so muß ich mich damit ganz einverstanden. 1) Zinsen werden sie nicht fordern, warum haben sie sich versäumt. Keiner wird sie in Anspruch nehmen. Aber darauf es ankommen zu lassen, ob die nachträgliche Summe viel oder wenig beträgt, halte ich nicht für rathsam. Auch darin theile ich die Ansicht des Abgeordneten